Gründungsbegleitende Vereinbarung zur Bildung einer gemeinsamen Einrichtung (gE) entsprechend § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) n.F.

zwischen

der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Agentur für Arbeit Dessau-Roßlau, diese vertreten durch den Vorsitzenden der Geschäftsführung, Markus Behrens

nachfolgend bezeichnet als Agentur für Arbeit

und

der Stadt Dessau-Roßlau, vertreten durch den Oberbürgermeister Klemens Koschig,

nachfolgend bezeichnet als Kommune

zusammen nachfolgend bezeichnet als die Vertragspartner

Präambel

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur „Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ vom 03.08.2010 am 01.01.2011 bilden die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemeinsame Einrichtungen (gE).

Die Vertragspartner verfolgen mit dieser Vereinbarung das Ziel, die bereits im Jobcenter SGB II Dessau-Roßlau bewährte gemeinsame fachliche und organisatorische Umsetzung des SGB II auch über den 31.12.2010 hinaus fortzuführen. Im Vorgriff auf die zukünftigen Entscheidungen der Trägerversammlung werden damit wesentliche Fragen einvernehmlich geregelt und der Übergang in die gemeinsame Einrichtung erfolgt reibungslos.

§ 1 Grundsätze der Zusammenarbeit

- (1) Die Vertragspartner wirken im Rahmen ihrer Verantwortung als Leistungsträger gemäß § 44b Abs. 3 SGB II n.F. darauf hin, dass im Verantwortungsbereich der Trägerversammlung keine Entscheidungen herbeigeführt werden, die negative Auswirkungen auf die rechtmäßige und zweckmäßige bzw. wirtschaftliche Leistungserbringung haben.
- (2) Es besteht kein dezentraler Entscheidungsspielraum, soweit Grundlinien der gemeinsamen Einrichtung gesetzlich festgelegt sind. Dies betrifft insbesondere die Bereiche der Rechtsform (keine GmbH oder andere Rechtsform), der Gremien (Vorsitz, Besetzungsstruktur, Stimmrechte), der Führung (ein hauptamtlicher Geschäftsführer, Bestellungsfrist) und des Personals (Ausgestaltung der Personalzuweisung).

§ 2 Aufbau- und Ablauforganisation der gemeinsamen Einrichtung

- (1) Die Vertragspartner vereinbaren die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung (gE) zur Wahrnehmung ihrer nach dem SGB II obliegenden Aufgaben gemäß § 44b SGB II n.F. bis zum 01.01.2011.
Ausnahme bildet die Aufgabe der „sozialintegrativen Leistungen“ nach § 16a SGB II n.F. die der Stadt Dessau-Roßlau zu übertragen ist. Ein entsprechender Beschluss ist in der Trägerversammlung zu fassen.
- (2) Sie setzen sich als Träger für die gemeinsame Einrichtung das Ziel, bürgernah, familiengerecht, wirkungsvoll und unter Abbau geschlechtsspezifischer und anderer Nachteile erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen, die individuelle Beschäftigungsfähigkeit nach den Prinzipien des Fördern und Fordern wieder herzustellen oder zu verbessern und die Qualifizierung zu verbessern, den Lebensunterhalt der erwerbsfähigen Hilfeempfänger und den mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen zur Milderung der finanziellen Folgen von Arbeitslosigkeit zu sichern sowie ihre Eigenverantwortung zu stärken.
- (3) Die gemeinsame Einrichtung trägt die Bezeichnung Jobcenter Dessau-Roßlau und verwendet das bisherige Logo.
- (4) Die gemeinsame Einrichtung ist örtlich zuständig für die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau.
- (5) Die gemeinsame Einrichtung unterhält weiterhin die Standorte:

Seminarplatz 1, 06847 Dessau-Roßlau und
Kiefernweg 2, 06862 Dessau-Roßlau

und erbringt dort die ihr jeweils zugeordneten Aufgaben.
- (6) Die Postanschrift der gemeinsamen Einrichtung lautet:

Jobcenter Dessau-Roßlau
Postfach 1085
06813 Dessau-Roßlau.
- (7) Die Vertragspartner vereinbaren, dass die bis zum Jahresende 2010 für das Jobcenter SGB II Dessau-Roßlau geltenden Regelungen zur strategischen und operativen Ausrichtung ab 01. Januar 2011 weiter gelten. Für die erste Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung nach § 44c SGB II n.F. werden entsprechende Beschlüsse vorbereitet. Die darin getroffenen Festlegungen sind in der konstituierenden Sitzung der Trägerversammlung im Jahr 2011 formell zu beschließen. Es besteht Einigkeit darüber, dass sich die Trägerversammlung am 11.01.2011 konstituiert.
- (8) Bei der Bildung der gemeinsamen Einrichtung werden folgende Grundsätze beachtet:
 - a) Für die Beratung, Vermittlung und die Sachbearbeitung nutzt die gemeinsame Einrichtung die IT-Verfahren der Bundesagentur für Arbeit. Die Agentur für Arbeit stellt die entsprechende Hard- und Software zur Verfügung.
 - b) Zur funktionalen Spezialisierung und zur Absicherung einer hohen Fachlichkeit bleiben die Bereiche Leistungsgewährung (Bearbeitungsservice) und Markt und Integration (persönlicher Ansprechpartner/Fallmanagement) weiterhin grundsätzlich fachlich und personell voneinander getrennt.

§ 3 Absichtserklärungen der Träger

- (1) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass die bisherigen Beschlüsse der Lenkungsgruppe des Jobcenters SGB II Dessau-Roßlau mit Ausnahme der unter Absatz 2 genannten Beschlüsse bis zu einer neuen Beschlussfassung der Trägerversammlung für die gemeinsame Einrichtung ihre Gültigkeit behalten.
- (2) Die Vertragspartner beabsichtigen die nachfolgend genannten Regelungen dieser Vereinbarung in einer konstituierenden Trägerversammlung formell unter der Maßgabe des § 44c SGB II n.F. als Beschluss der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung zu beschließen. Diese konstituierende Sitzung der Trägerversammlung erfolgt am 11.01.2011.

1. Trägerversammlung

- a) Die gemeinsame Einrichtung hat eine Trägerversammlung, die je zur Hälfte mit Vertretern der Agentur und der Kommune besetzt ist. Beide Träger entsenden jeweils drei Vertreter. Zu Sachthemen können die Vertreter Sachverständige als Gäste einladen.
- b) Für die Kommune werden folgende Vertreter mit entsprechender Funktion benannt:
 - Herr Klemens Koschig, Oberbürgermeister
 - Frau Sabrina Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen
 - Herr Dr. Gerd Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur
- c) Für die Agentur für Arbeit werden folgende Vertreter mit entsprechender Funktion benannt:
 - Herr Markus Behrens, Vorsitzender der Geschäftsführung
 - Frau Gerlinde Schlauch, Geschäftsführerin Operativ
 - Frau Dörte Balzer, Geschäftsführerin Interner Service
- d) Den erstmaligen Vorsitz der Trägerversammlung übernimmt der Oberbürgermeister. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Amtszeit ist ein neuer Vorsitzender zu wählen. Grundsätzlich besteht Einvernehmen, den Vorsitz in der Trägerversammlung jeweils abwechselnd von Kommune und BA für 5 Jahre zu bestimmen. Eine gleichzeitige Besetzung des Vorsitzes in der Trägerversammlung und die Bestimmung des Geschäftsführers durch einen Träger sind ausgeschlossen.
- e) Näheres zur Trägerversammlung regelt eine von beiden Trägern zu beschließende Geschäftsordnung.

2. Geschäftsführer

- a) Gemäß § 44d SGB II n.F. leitet die gemeinsame Einrichtung ein Geschäftsführer, welcher hauptamtlich die laufenden Geschäfte führt und die gemeinsame Einrichtung rechtlich nach außen vertritt. Die Geschäfte nimmt der Geschäftsführer im Rahmen seiner Aufgaben eigenverantwortlich wahr, beachtet dabei die Weisungen der Träger.
- b) Der Geschäftsführer wird für fünf Jahre bestellt.

- c) Da die gE weder Dienstherr noch Arbeitgeber ist, ist der Geschäftsführer Beschäftigter eines Trägers und unterliegt dessen Dienstaufsicht.
- d) Grundsätzlich besteht Einvernehmen, den Geschäftsführer jeweils abwechselnd von BA und Kommune für 5 Jahre zu bestimmen. Die erstmalige Bestellung des Geschäftsführers der gemeinsamen Einrichtung erfolgt durch die BA. Bis zu einer ordentlichen Bestellung führt der bisherige Geschäftsführer die Geschäfte der gemeinsamen Einrichtung kommissarisch weiter.

3. Örtlicher Beirat

- a) Bei der gemeinsamen Einrichtung wird ein örtlicher Beirat gebildet, welcher diese bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und –maßnahmen berät.
- b) Der Beirat besteht aus 6 Vertretern, die auf Vorschlag der Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarkts durch die Trägerversammlung berufen werden. Die Träger stellen sicher, dass keine Vertreter von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes berufen werden, die Eingliederungsleistungen nach SGB II anbieten.
- c) Als Beteiligte des örtlichen Arbeitsmarktes werden folgende Träger festgelegt:
 - Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
 - IHK Halle/ Dessau-Roßlau
 - HWK Halle/ Dessau-Roßlau/ Kreishandwerkerschaft
 - DGB Dessau
 - Landesvereinigung der AG- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.
 - Landesverband der Freien Berufe Sachsen-Anhalt
- d) Der Örtliche Beirat ist ein beratendes Organ der gemeinsamen Einrichtung.

4. Regelungen zum Personal

- a) Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben wird der gemeinsamen Einrichtung das nötige Personal durch Zuweisung zur Verfügung gestellt. Die Dauer der Zuweisung beträgt fünf Jahre. Durch die Zuweisung werden die bestehenden Dienst- oder Arbeitsverhältnisse nicht berührt. Es findet durch die Zuweisung kein Arbeitgeber- oder Dienstherrnwechsel statt. Die derzeitigen Mitarbeiter erhalten bis zum 31.12.2010 ein entsprechendes Zuweisungsschreiben der Träger.
- b) Die Trägerversammlung beschließt eine vom Geschäftsführer vorgelegte Personalbedarfsplanung, die sich an den gesetzlichen Betreuungsschlüsseln und einer wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung in den übrigen Bereichen orientiert.
- c) Bei freien, neu zu besetzenden Beschäftigungsmöglichkeiten für befristete Kräfte ist vorrangig der Einsatz von Personal des kommunalen Trägers zu prüfen.

5. Bestehende Vereinbarungen/ Aufgabenübertragung an Träger

- a) Die gemeinsame Einrichtung führt die bis 31.12.2010 befristete Verwaltungsvereinbarung zur Aufgabenübertragung an die BA im Rahmen der Durchführung der Ausbildungsvermittlung bis zum 31.12.2011 fort

- b) Die gemeinsame Einrichtung tritt in die bestehende Vereinbarung hinsichtlich der gemeinsamen Sachbearbeitung im Bereich der beruflichen Rehabilitation bis zum 31.12.2011 ein.
- c) Die Verwaltungsvereinbarung zum gemeinsamen Arbeitgeber-Service hat über den 31.12.2010 weiterhin Bestand, ggf. sind für 2011 Anpassungen abzustimmen. Sie gilt vorerst bis zum 31.12.2011.
- d) Bezüglich der Kundensteuerung erfolgt die Zusammenarbeit zwischen AA und gE weiterhin kooperativ. Ggf. sind Anpassungen der bestehenden Vereinbarung, z.B. wegen Rechtsänderungen, vorzunehmen. Diese Regelung gilt vorerst bis zum 31.12.2011.
- e) Die Aufgabe der „sozialintegrativen Leistungen“ nach § 16a SGB II n.F. ist vorerst bis zum 31.12.2011 der Kommune zu übertragen.

6. Einkauf von Dienstleistungen der Agentur für Arbeit bis zum 31.12.2011

- a) Die Träger beschließen den grundsätzlichen Einkauf der Dienstleistungen entsprechend des Service- Portfolios der BA im Rahmen des künftig zur Verfügung stehenden Verwaltungskostenbudgets.
- b) Der Geschäftsführer wird dazu eine Verwaltungsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit mit einer vorläufigen Laufzeit bis zum 31.12.2011 abschließen.
- c) Rechtsgrundlage für den Dienstleistungseinkauf ist die Geschäftsanweisung SGB II Nr. 5/2006 in der Fassung vom 10.12.2008 und dem Service- Portfolio der BA 2011.

7. Planung 2011/ Erstellung eines Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammes

- a) Zwischen der Agentur für Arbeit, der Kommune und dem Geschäftsführer der gE wird nach § 48b Abs. 1 Nr. 2 SGB II n.F. eine Zielvereinbarung für das Jahr 2011 geschlossen.
- b) Das örtliche Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm ist unter Berücksichtigung der Planungsergebnisse durch den Geschäftsführer aufzustellen und mit der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung abzustimmen.

8. Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA)

- a) Die Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung bestellt jeweils eine hauptamtliche BCA aus dem Personenkreis der zugewiesenen Beschäftigten. Eine anteilige Aufgabenwahrnehmung ist möglich.
- b) Die Aufgaben der BCA sind § 18e SGB II n.F. zu entnehmen.

9. Personalvertretung, Gleichstellungsbeauftragte und weitere Gremien

In der gemeinsamen Einrichtung wird eine eigene Personal-, Schwerbehinderten- und Jugend- und Auszubildendenvertretung gebildet.

§ 4 Schlussbestimmungen

- (1) Die Vereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft und gilt bis zum dem Zeitpunkt, an dem sämtliche unter § 3 (2) dieser Vereinbarung aufgeführten Regelungsinhalte in der künftigen Trägerversammlung beschlossen worden sind, längstens jedoch bis zum **31.12.2011**.
- (2) Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Geltung dieser Vereinbarung nicht berührt. Es ist dann eine der unwirksamen Bestimmungen dem Sinn und Zweck nach möglichst nahe kommenden Bestimmung zwischen den Vertragsparteien zu vereinbaren. Entsprechendes gilt, wenn die Vereinbarung Lücken enthalten sollte.

Dessau-Roßlau, den

Dessau-Roßlau, den

.....
Klemens Koschig
Oberbürgermeister
Stadt Dessau-Roßlau

.....
Markus Behrens
Vorsitzender der Geschäftsführung
Agentur für Arbeit Dessau-Roßlau